

schon mal

MARBURG  
UNIVERSITÄTSSTADT 

# MITGEMACHT?

**Auftaktveranstaltung zur**

**Entwicklung eines Marburger Konzepts der Bürger- und  
Bürgerinnenbeteiligung**

**am 29. April 2017**

## **Auswertung**





**Fotos: Teilnehmende der Veranstaltung**

## **Impressum**

### **Herausgeber:**

Magistrat der Universitätsstadt Marburg  
Referat für die Gleichberechtigung von Frau und Mann  
Rathaus, Markt 1

### **Verantwortlich:**

Dr. Griet Newiger-Addy  
Leitung Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung  
Referat für die Gleichberechtigung von Frau und Mann  
Mitarbeit: Mona Schwarz, Bodam Lee

### **Bildnachweis:**

Fotos: Deckblatt und erste Seite: Georg Kronenberg  
Fotos im Text: Ludwig Weitz, Mona Schwarz

Marburg, Juni 2017

## Vorwort des Oberbürgermeisters

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

Wir sehen eine schwindende Wahlbeteiligung und – schlimmer – eine wachsende Bereitschaft, die Randbereiche des Spektrums und damit diejenigen, die explizit Politik verweigern, zu wählen. Rassistische und rechtsextreme Parteien haben Zulauf. Immer mehr Menschen fühlen sich vom politischen System nicht mehr vertreten oder wahrgenommen. Viele glauben, ihre Wünsche und Ansichten würden keine Rolle spielen.

Demokratie ist die Übertragung von Macht an Wenige auf Zeit. Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung soll sicherstellen, dass in den Zeiten zwischen den „Hochämtern der Demokratie“ alle legitimen Interessen ausreichend beachtet werden.



Was hat dies beides miteinander zu tun? Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung soll das Sensorium der Kommunalpolitik erweitern und eine Brücke zwischen Verwaltung, Parlament und Einzelinteressen herstellen. Es gilt, die zu hören, die sich nicht so laut melden. Was wir brauchen, ist noch mehr Beteiligung in Marburg aus unterschiedlichen Perspektiven: Junge und Jugendliche, Familien, Frauen, Studierende, Menschen mit Einwanderungsgeschichte, Menschen, denen lange Sitzungen und endlose Redebeiträge nicht so liegen, Menschen, die sich vom politischen Establishment im Stich gelassen fühlen, Menschen, die sozial benachteiligt sind. Bürgerbeteiligung bedeutet, alle Menschen ernst zu nehmen!

Und Bürgerbeteiligung bedeutet eine Zunahme der Vernunft durch den „unerhört zwanglosen Zwang des besseren Arguments und das Motiv der kooperativen Wahrheitssuche“, wie der Philosoph Jürgen Habermas formulierte.

Mit der Auftaktveranstaltung haben wir den Prozess zur Erarbeitung eines Marburger Konzepts zur Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung gestartet. Es geht um die „Meta-Ebene“: Regeln, Qualitätsstandards, eventuell neue Formate, die Weiterentwicklung guter Erfahrungen. Denn Marburg hat viele Formen der Beteiligung. Es geht um eine Vervollständigung, nicht um die Ersetzung von Bestehendem.

Sie sind alle eingeladen, sich an diesem Prozess zu beteiligen und Erfahrungen, Vorschläge, Ideen und Themen einzubringen.

A handwritten signature in black ink, reading 'Thomas Spies' in a cursive script.

Dr. Thomas Spies  
Oberbürgermeister  
der Universitätsstadt Marburg

## Inhaltsverzeichnis

Einleitung und Gliederung der Auswertung .....	3
1. Voraussetzungen von guter Beteiligung .....	4
2. Qualitätsmerkmale für Beteiligung .....	5
3. Information und Kommunikation .....	6
4. Vorschläge zu Beteiligungsprozessen allgemein .....	8
5. Vorschläge zur Beteiligung in der städtischen Planung im Bereich Bauen, Planen, Umwelt .....	11
6. Vorschläge zur Beteiligung auf Stadtteilebene .....	11
7. Vorschläge für digitale Formen der Beteiligung .....	12
8. Vorschläge für Inklusion und Vielfalt: Wie beteiligen wir möglichst viele und möglichst verschiedene Marburgerinnen und Marburger? .....	13
9. Weitere Themen .....	15
10. Wie geht es weiter? .....	17
Anhang: Auswertung der Rückmeldebögen .....	19
Anhang: Programm der Veranstaltung .....	21



## Einleitung und Gliederung der Auswertung

Im August 2016 beschloss die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg, ein Marburger Konzept zur Bürger/innenbeteiligung zu entwickeln. Aufbauend auf den bisherigen Erfahrungen in Marburg sollen Einwohnerinnen und Einwohner noch gezielter in Entscheidungen von Politik und Verwaltung einbezogen werden.

Der Prozess zur Entwicklung eines Konzepts begann mit einer Auftaktveranstaltung am 29. April im Erwin-Piscator-Haus. Rund 200 Marburgerinnen und Marburger nahmen auf Einladung der Stadt daran teil.<sup>1</sup>

Mit dabei waren Menschen aus der Kernstadt sowie aus den weiter entfernten Stadtteilen, Jüngere, Ältere und Menschen verschiedener Staatsangehörigkeiten. Viele derjenigen, die teilnahmen, engagieren sich bereits in Initiativen oder Vereinen. Es kamen aber auch Interessierte, die sich durch einen Brief des Oberbürgermeisters neu angesprochen fühlten. Per Zufallsauswahl waren Einladungen an 1000 Marburgerinnen und Marburger verschickt worden.<sup>2</sup> Außerdem nahmen Stadtverordnete und Mitarbeitende der Stadtverwaltung teil. Ebenfalls dabei waren Professorin Dr. Ursula Birsl und Studierende der Demokratieforschung an der Philipps-Universität, die den Prozess wissenschaftlich begleiten.

**Die Teilnehmenden führten in World-Café- und Fokusgruppen engagierte Gespräche, sammelten Ideen und Vorschläge und tauschten Erfahrungen aus. Die zentrale Frage war: „Was brauchen wir für eine gute Beteiligung in Marburg?“**

**Die Antworten auf diese Frage<sup>3</sup> sollen in den weiteren Prozess zur Erarbeitung des Marburger Beteiligungskonzepts einfließen. Sie sollen weiterdiskutiert und auf eine Umsetzbarkeit hin überprüft werden. Dafür haben wir sie ausgewertet. Die Ergebnisse der Auswertung stellen wir hier vor.**

Wie sind wir bei der Auswertung vorgegangen? Wir haben die Ergebnisse des World-Cafés thematisch sortiert, und zwar nach den folgenden Bereichen: Voraussetzungen für Beteiligung, Qualitätsmerkmale von Beteiligung, Information und Kommunikation bei der Beteiligung. Konkrete Vorschläge haben wir geordnet in allgemeine Vorschläge und spezifische Vorschläge zu einzelnen Themen der Fokusgruppen. Verbliebene weitere Themen der offenen Gesprächsrunden wurden gesondert aufgeführt. Wie die Auswertung zeigt, ergänzen sich die Vorschläge insgesamt und greifen ineinander.

Bei der Auftaktveranstaltung wurden außerdem bestehende Marburger Beteiligungsformate exemplarisch vorgestellt. Dazu gehören zum Beispiel das Kinder- und Jugendparlament sowie der Ausländer-, der Senioren- und der Behindertenbeirat.

Auf Stadtteilebene sind die städtische Altenplanung im Rahmen von Nachbarschaftsprojekten und die Gemeinwesenprojekte AKSB, IKJG und BSF besonders aktiv. Auch bei dem IKEK-Prozess zur Dorfentwicklung in den Außenstadtteilen steht die Beteiligung im Mittelpunkt.

---

<sup>1</sup> 124 Frauen und 104 Männer hatten sich zu der Veranstaltung angemeldet.

<sup>2</sup> Die Stichprobe war repräsentativ für Marburg bezüglich des Alters, des Wohnortes in Ortsteilen, des Anteils Deutscher und Ausländer sowie des Anteils von Männern und Frauen.

<sup>3</sup> Ideen und Vorschläge wurden auf ausgelegten Papiertischdecken und Moderationskarten notiert, die später eingesammelt wurden.

Zudem gibt es weitere Formate, z.B. den Runde Tisch Barrierefreiheit der Bauverwaltung und weitere themenbezogene Prozesse in verschiedenen

**Vorgeschlagen wurde auch ein Motto für den nun beginnenden Beteiligungsprozess: „Wir wollen gemeinsam in Marburg ‚gut‘ leben.“ Dieses Motto machen wir uns zu eigen. Wir glauben, dass gute Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern die Entscheidungen von Politik und Verwaltung noch besser macht.**

Fachdiensten wie das Bündnis für Familie, den Runden Tisch „Preiswerter Wohnraum“ oder Prozesse im Ordnungsamt und der Jugendförderung. All diese Formate haben Erfahrungen damit, wie Marburgerinnen und Marburger aktiv in städtisches Handeln einbezogen werden. Auch dieses wertvolle Wissen wurde soweit möglich mit in diese erste Auswertung einbezogen.

## 1. Voraussetzungen von guter Beteiligung

Beteiligung gelingt eher, wenn bestimmte Bedingungen vorhanden sind, die Beteiligungsprozesse fördern. Die Teilnehmenden der Veranstaltung fanden folgende Voraussetzungen wichtig:

### **Eine Kultur der Beteiligung**

Dazu zählen:

- Motivierte und engagierte Mitbürger/innen, egal mit welchen Kenntnissen und Fähigkeiten
- Kontinuität der Beteiligung
- Unabhängigkeit der Beteiligungsgremien
- Unvoreingenommene Ideen und Gedanken ohne parteipolitischen Hintergrund
- Dialoge, die zu Kompromissen führen
- Konsensorientierung
- Offenheit im Prozess
- Offenheit aller Beteiligten, Ergebnisse mitzutragen
- Übernahme von Verantwortung
- Bereitschaft der Politik für Bürger/innenbeteiligung

### **Ressourcen für Beteiligung**

Dazu zählen:

- Personal und Strukturen in der Verwaltung
- Ressourcen (z.B. Geld, Räume), um Beteiligungsprozesse zu ermöglichen und Ergebnisse der Beteiligung umzusetzen
- Nachhaltigkeit sichern
- Benennung von Grenzen der Beteiligung und der zur Verfügung stehenden Ressourcen (→ *keine falschen Hoffnungen wecken*)

**„Beteiligung ist eine Bring- und Holschuld für Parteien, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger.“**

## 2. Qualitätsmerkmale für Beteiligung

Beteiligungsprozesse sind Aushandlungsprozesse. Einzelne oder Gruppen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Interessen stehen sich gegenüber und suchen im Gespräch nach einem Ausgleich der verschiedenen Meinungen und Haltungen. Beteiligung ist also eine interaktive Handlung, bei der Kontroversen und Gegensätze aufbrechen können und dann Gemeinsamkeiten gefunden und Kompromisse hergestellt werden.

Dies braucht Zeit: Einwohner/innen und Stadtverordnete nutzen ihre freie Zeit, um ihre Ideen und Interessen einzubringen. Die Mitarbeitenden der Verwaltung nutzen einen Teil ihrer Arbeitszeit, um zu erklären, was sie planen und die Meinungen der Einwohner/innen kennenzulernen und, wenn möglich, zu berücksichtigen.

Damit dieses „kontroverse Miteinander“ gelingt, müssen Grundsätze berücksichtigt werden. Folgende Grundsätze für ein produktives Arbeiten fanden die Teilnehmenden der Auftaktveranstaltung besonders wichtig:

### **Augenhöhe (häufige Nennung)**

Dazu gehören:

- Ernst nehmen von Bürger/innenbeteiligung (*häufige Nennung*)
- Gegenseitiges Vertrauen
- Zusammenarbeit von Profis und Laien fördern
- Beteiligung und alltägliches Engagement würdigen
- ALLE Menschen und ihrer individuellen Wünsche und Ressourcen wertschätzen (Stichworte: Migrant/innen, Menschen mit Handicap etc.)

### **Ein soziales und positives Miteinander**

Dazu gehören:

- „Anlässe, bei denen die eigenen Interessen mit Spaß ihren Raum finden“
- Beteiligung sollte nicht nur trocken sein und zum „Opfern von Zeit“ werden
- Es sollte „etwas bringen“
- Beteiligung sollte das Miteinander stärken
- Begegnungsgelegenheiten schaffen, um Kontakte zu finden
- Kreatives und innovatives Denken fördern und auch in den Strukturen zulassen

### **Barrierefreiheit und Vielfalt**

Dazu gehören:

- Empathie, um Hürden abzubauen und Zugänge zu ermöglichen
- Beteiligung muss für alle ermöglicht werden, sprachlich, örtlich, bildungs- und einkommensbezogen, kulturell...

### **Schaffung von Transparenz (häufige Nennung)**

Dazu gehören:

- Transparente Information und Kommunikation

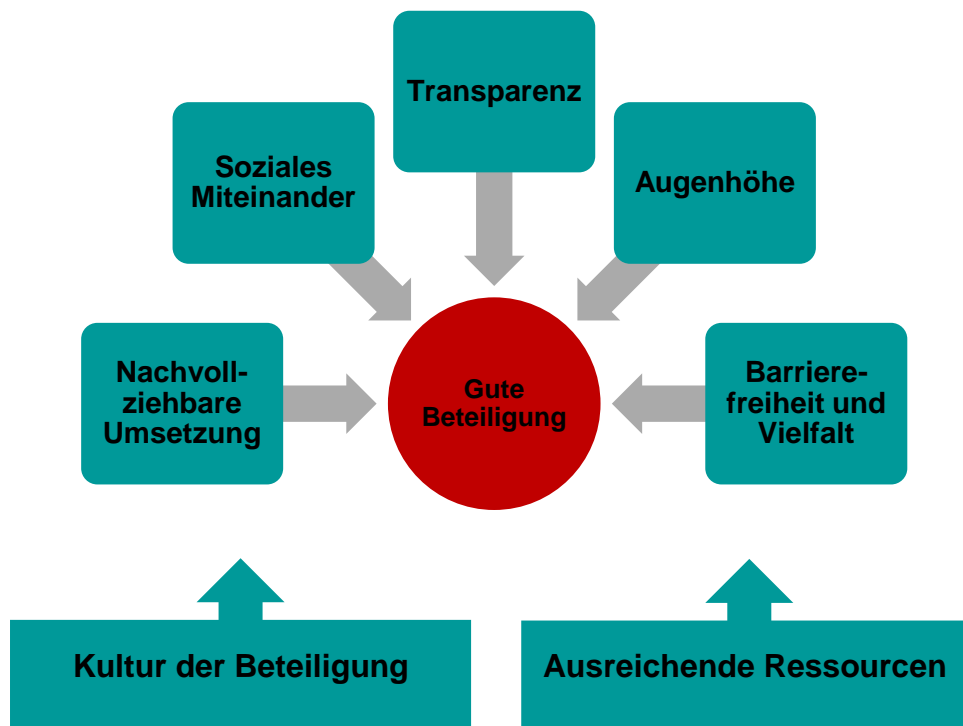
- Deutlich machen, warum die Beteiligung relevant (wichtig) ist und was mit ihr erreicht werden kann
- Schaffung von Klarheit: Klare Ziele, klare Aufgaben, klare Rollen der Beteiligten und klare Entscheidungen

### Nachvollziehbare Umsetzung

Dazu gehören:

- Engagement sollte kurzfristig Ergebnisse zeigen
- Beteiligung sollte Aktionen folgen lassen (*häufige Nennung*)
- Wirksamkeit der eigenen Beteiligung verdeutlichen
- Sichtbarmachen der Prozess-Ergebnisse („Erfolge melden“)
- Verbindlicher Zeitplan für die Umsetzung
- Umsetzungskontrollen
- Verbindlichkeit von Beschlüssen

**Schaubild zu guter Beteiligung:** Gute Beteiligung braucht Transparenz, ein soziales Miteinander, Augenhöhe, Barrierefreiheit, nachvollziehbare Umsetzung, eine Beteiligungskultur und ausreichende Ressourcen



### 3. Information und Kommunikation

Beteiligung findet in Form eines Dialogs zwischen Einwohner/innen, Politik und Verwaltung statt. Information und Kommunikation sind zentrale Elemente dieses Dialogs. Darum thematisierten vielen Beiträge der Teilnehmenden diese Themen.

Welche Vorschläge haben die Teilnehmenden, um Augenhöhe, Inklusion, Transparenz und Klarheit in der Information und der Kommunikation umzusetzen?



## **Umfassend, verständlich und frühzeitig informieren (*häufige Nennung*)**

Dazu gehören:

- Frühzeitig, einfach und deutlich sichtbar über Projekte informieren (*häufige Nennung*)
- Kontinuierliche (ständige) Kommunikation
- Informiert werden, bevor Entscheidungen getroffen sind
- Entscheidungen nachvollziehbar machen: Warum fiel die Entscheidung letztendlich anders aus?
- Ermöglichen von Beschwerden und Nachfragen sowie Äußerung von Interessen und Ideen

## **Ehrliche Kommunikation schaffen (*häufige Nennung*)**

Dazu gehören:

- Unabhängige und nicht-wertende Information
- Probleme und Misslingen eingestehen → Authentizität

## **Klare Informationsstruktur und erleichterte Kommunikationswege**

Dazu gehört Klarheit über:

- Wer hört mein Anliegen?
- Welches Gremium ist zuständig?
- Wo und wann kann ich mich einbringen?
- Wie kann ich Informationen beziehen?
- Wie kommt Information über Bedarfe an der richtigen Stelle in der Verwaltung an?

Dazu gehört ein Überblick über:

- Beteiligungsmöglichkeiten (z.B. über Beteiligungskataster, Marburg-App)
- Anstehende Entscheidungen
- Ergebnisse von Beteiligung und den weiteren Umgang mit diesen Ergebnissen
- Möglichkeiten für Engagement

## **Zugang zu Informationen für alle (*häufige Nennung*)**

Dazu gehören:

- Einfache, verständliche, unkomplizierte Sprache
- Niedrigschwelliger Zugang (z.B. Infobox, öffentliche Computer in Außenstellen und Rathaus...)
- Mehrsprachigkeit (z.B. Flyer mit Ansprechpartner/innen)
- Zielgerichtete Information
- Flache Hierarchiestrukturen
- Altersgerechte Ansprache
- Barrierefreie Information

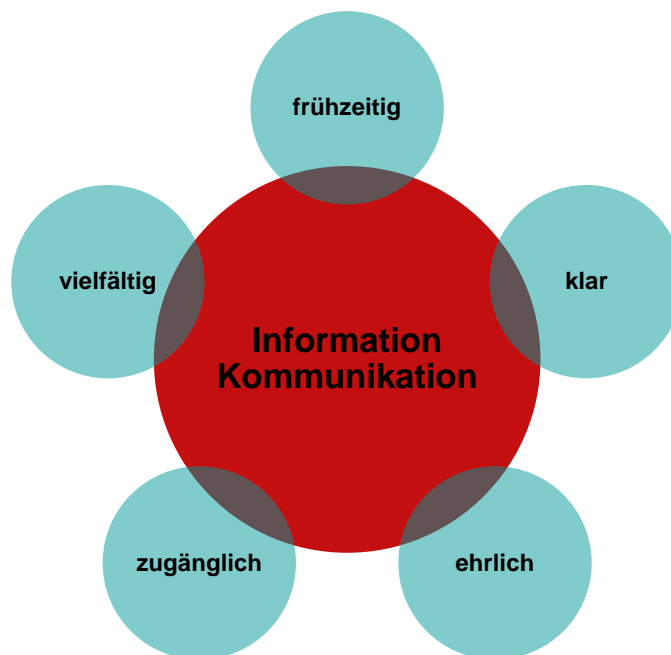
- Effiziente Diskussionskultur

### **Vielfältige Kommunikationskanäle nutzen**

Dazu gehören:

- Information über alle verfügbaren Medien
- Informationen von allen und in alle Richtungen
- Presse, Wissenschaft, Gremien und Verwaltung einbinden
- Mehr Werbung in der Stadt, den Schulen, den Zeitungen
- Einwurf in Anliegerhaushalte
- Neue Kommunikationsformen
- „Gerechte Mischung“ traditioneller und moderner Medien (Internet-Portal, App, Flyer, Information bis an die Haustür)
- Face-to-face-Dialoge, persönliche Ansprache, „aufsuchende Beteiligung“ (*häufige Nennung*)

**Schaubild: Information und Kommunikation: frühzeitig, klar, ehrlich, zugänglich, vielfältig**



## **4. Vorschläge zu Beteiligungsprozessen allgemein**

Bei den Vorschlägen der Teilnehmenden, die Beteiligung allgemein betreffen, sind einige Schwerpunkte erkennbar. Die Teilnehmenden befürworten eine professionelle Begleitung von Prozessen. Sie wünschen sich digitale und reale Räume zur Vernetzung von engagierten Einwohnerinnen und Einwohnern sowie unterstützende Strukturen für Menschen, die sich engagieren und beteiligen wollen. Und sie machen Vorschläge für die Änderung formaler Strukturen. Im Einzelnen wurden folgende Themen vorgeschlagen:

## Professionelle Begleitung von Beteiligungsprozessen

Zum Beispiel in Form von:

- (Vorhabens)Begleitung
- Unterstützung bei der Entstehung und Umsetzung von Prozessen (z.B. durch Lots/innen)
- Feste Termine für Beteiligungsformate und Beteiligungsorte → Kontakt und Austausch, direkte Ansprache
- Moderation und geleitete Diskussionen mit Vorstellungsrunden, einer offenen, empathischen Atmosphäre, die es erlaubt, andere Standpunkte kennenzulernen, Überprüfung: Wie spricht man miteinander?
- Checkliste für die Beteiligung in der Verwaltung

## Vernetzung: digitale und reale Räume

Zum Beispiel in Form von:

- Digitale Vernetzung: Zentrale und gut zugängliche Information zu Bürger/innen-Initiativen und Menschen, die sich für bestimmte Themen interessieren und sich beteiligen und engagieren wollen
  - z.B. Plattform der Beteiligung als Informationsbündelung (*häufig genannt*)
  - Ideenpools und Foren von Initiativen auf der Marburg-Homepage (vergleichbar mit der Plattform campact)
  - Themen können nachgefragt werden
  - Aktive Information und Suche nach Interessenprofilen (Handzettel)
- Dezentrale Möglichkeiten des Treffens, Vernetzens, Kennenlernens und (Informations-)Austausches
- Ermöglichung persönlicher Kontakte, z.B. Informations- und Anlaufstellen / Adressen (*häufige Nennung*)
- Physische Versammlungs- und Begegnungsorte und Bereitstellung einer Infrastruktur bezügl. Räume (*häufige Nennung*) für ALLE, wo Spaß, soziales Miteinander und Ideen möglich werden
- Einen Ort / Raum / Termin schaffen für allgemeine Anliegen: Wo drückt der Schuh?
- Öffentliche Räume nutzen und anziehend gestalten (z.B. Rudolphsplatz): Möglichkeiten des Engagements vorstellen (z.B.: an Schautafeln)
- Attraktivität von Beteiligungsmöglichkeiten fördern, z.B. durch Architektur oder die Gestaltung digitaler Plattformen Menschen das Gefühl geben, dass sie sich zum Mitreden und Mitgestalten eingeladen fühlen

## Unterstützung von Beteiligungsinteressierten

Zum Beispiel in Form von:

- Informationsteilhabe durch „wissenschaftlichen Dienst“ zu Beteiligung

- Eine strukturierte Organisation zur schnellen Informationsbeschaffung und -weiterleitung
- Servicestelle (*mehrfache Nennung*): für Veränderungswünsche, Ideen, Coaching
- „Normalbürger/innen“ brauchen „Übersetzer/innen“ vor Ort (Kümmerer, Sprachrohre, BürgerInnenbeauftragte)
- Politische Bildung zur Nutzung bestehender Beteiligungsstrukturen und deren Weiterentwicklung
- Bürger/innenbefragung

## Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements

Zum Beispiel in Form von:

- Größere Offenheit von Organisationen und Verwaltung, freiwilliges Engagement einzubinden
- Vereinfachte Zugangswege für Menschen, die ein Engagement suchen
- Kontinuierliche Unterstützung ehrenamtlicher Tätigkeiten

## Änderung formaler Strukturen

Zum Beispiel in Form von:

- Symmetrischere Organisation zwischen BürgerInnen und Politikverantwortlichen (Verschränkung von Top-Down- und Bottom-Up-Strategie)
- Themenbezogene Bürger/innenversammlungen zusammengesetzt per Auswahl durch Los
- BürgerInnenfragestunde für alle vor/ in den Parlamentssitzungen (nach Regeln der STVV) (*häufige Nennung*)
- Gleiches Antrags- und Rederecht im Stadtparlament für andere Gruppen, analog zum KiJuPa (*mehrfache Nennung*)
- Transparenter Haushalt

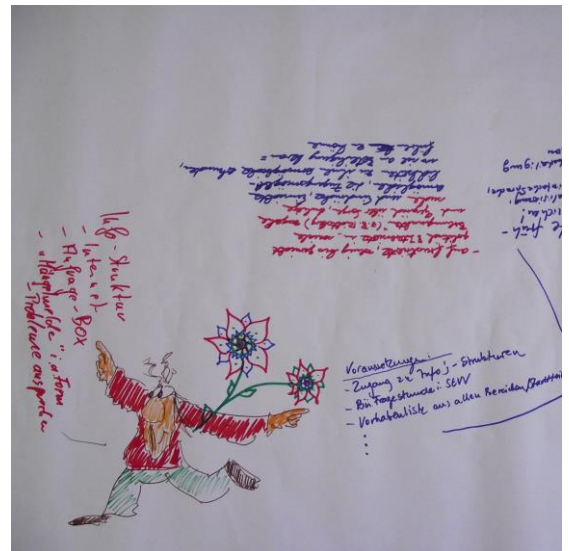


**Für Notizen genutzte Papiertischdecke der Veranstaltung mit Vorschlägen: klare Richtlinien für Prozess und verständliche Information**

## 5. Vorschläge zur Beteiligung in der städtischen Planung im Bereich Bauen, Planen, Umwelt

Marburgerinnen und Marburger werden in viele städtische Planungsprozesse einbezogen. Dies gilt für gesamtstädtische Prozesse, wie z.B. die Radwegeplanung, das Klimaschutzkonzept und das Schulsanierungsprogramm BiBaP, ebenso wie für räumlich begrenzte Planungen und Einzelprojekte. Für die Beteiligung an städtischen Planungsprozessen im Bau- und Umweltbereich wurden folgende Vorschläge gemacht:

- Frühzeitige Information durch eine **Vorhabenliste**
- Zusammenarbeit und **Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen**
- **Raumorientierte Beteiligungsformen**, z.B. Begehung vor Ort
- **Beteiligungssatzung** mit klaren Richtlinien für weitere Prozesse
- **Schnittstelle Öffentlichkeit und Politik / Verwaltung** zur Information und Kommunikation, z.B.:
  - Büro für Bürger/innenbeteiligung
  - Zentrale Ansprechstelle (Sprechstunde)
  - Medien (App, BürgerInnentelefon etc.)
- Gutachter/innengruppen mit vielen Perspektiven in Planungsphasen einbinden (Bürger/innen mit Behinderung, Migrant/innen, Personen verschiedener Altersklassen etc.)



Verschiedene Vorschläge, u.a. Bürger/innenfragestunde und Vorhabenliste

## 6. Vorschläge zur Beteiligung auf Stadtteilebene

Die Universitätsstadt Marburg fördert die Mitwirkung von Einwohnerinnen und Einwohnern auf Stadtteilebene in unterschiedlicher Weise. Sie tut dies z.B. im Rahmen des Programms Soziale Stadt in Kooperation mit den Gemeinwesenprojekten AKSB, IKJG und BSF, durch die Nachbarschaftsprojekte der städtischen Altenplanung sowie durch den IKEK-Prozess zur Dorfentwicklung in den Außenstadtteilen. In diesen Prozessen wurden viele wertvolle Erfahrungen gewonnen, die die Diskussion über die Beteiligung von Einwohner/innen auf Stadtteilebene bereichern werden.

Die Teilnehmenden der Auftaktveranstaltung machten folgende Vorschläge:

- „Anfangs“-Veranstaltung in Stadtteilen (sofern nicht schon durchgeführt)
- **Zielgruppenspezifische Beteiligungsformen** vor Ort und zielgruppendifferenzierte Form der Ansprache, z.B.:
  - Andere Formate der Bürger/innenbeteiligung auf Stadtteilebene bereitstellen, vor allem für Jugendliche
  - Aktivierung von Senior/innen (z.B. Stadtteilapotheken, Kirchengemeinden, Bäckereien etc. durch Flyer, Karten usw.)
- **Stadtteilarbeit** stärken, z.B. durch:



- Wohnortnahe Begegnungsmöglichkeiten
- Begrüßungs- Willkommenskultur, z.B.
  - Nachbarn bringen neue Nachbarn mit
- Stadtteilcafés
  - Niedrigschwellige Begegnung; offenen, informellen Raum schaffen
  - Treffen, um Projekte zu initiieren
  - Vermittlung städtischer Informationen etc.
- **Anlaufstelle für Einwohner/innen**, z.B.
  - Klare Ansprechpartner/innen der Verwaltung für Einwohner/innen und Initiativen in Ortsteilen
  - Bessere Vernetzung innerhalb der Verwaltung beim Umgang mit und der Umsetzung von Anliegen der Einwohner/innen
  - Offene, verbindliche Treffen zu regelmäßigen Terminen
  - „Kümmerer“
- **Stadtteilbezogene Informationen**, z.B. zu Vereinen und Organen
  - Internet
  - bei Anmeldung
  - über Ortsbeiräte u.ä.
- „Ernst nehmen“ von **Ortsbeiräten**, Stärkung der Ortsbeiräte
- Kommunikation zwischen Politik und informellen Vereinen / Initiativen
- Einbindung aller Interessierten / Betroffenen bei Stadtteilentwicklung

## 7. Vorschläge für digitale Formen der Beteiligung

Beteiligung über digitale Kommunikationswege und Plattformen ist nur eine von mehreren Möglichkeiten und kann den direkten Dialog zwischen Einwohner/innen, Politik und Verwaltung nicht ersetzen. Dennoch ist die Entwicklung digitaler Formate wichtig, da Internet und Smartphone für einige Gruppen der Bevölkerung, wie z.B. Jugendliche, zentrale Medien sind, die aus der aktuellen Kommunikation nicht mehr wegzudenken sind. Außerdem können auf digitalem Weg Informationen leicht, übersichtlich und gut zugänglich zur Verfügung gestellt werden.

Die Vorschläge der Teilnehmenden der Auftaktveranstaltung lassen sich unterscheiden in Formate zur Information, zur Meinungsbildung und zur Entscheidung. Folgende Ideen wurden entwickelt:

### Information

- Barrierefrei, einfach, verständlich aufbereitet (behinderten- und seniorengerecht)
- Digitale Medien sollten immer ergänzt werden durch „klassische“ Medien und Ansprechpersonen vor Ort
- Frühzeitig
- Information sollte in zwei Richtungen verlaufen
- Bedürfnisse Jugendlicher sollten berücksichtigt werden („Jugend-App“; interaktives Forum)

### Meinungsbildung

- Repräsentativ
- Gewichtet
- Relevanz

- Selektivität vermeiden
- Seriös (Klarnamen der Beteiligten)
- Digitales BürgerInnenforum

### **Entscheidung**

- APP, Web, Telefon
- Abstimmungen sichern (z.B. keine Mehrfachstimmen)
- Datenschutz beachten

Für alle Formate gilt, diese möglichst vielen Menschen **zugänglich** zu machen, z.B. durch:

- Interesse wecken
- Fortbildungen
- Leihgeräte und offener Zugang

## **8. Vorschläge für Inklusion und Vielfalt: Wie beteiligen wir möglichst viele und möglichst verschiedene Marburgerinnen und Marburger?**

Ein wichtiges Ziel der Entwicklung eines Marburger Konzepts der Bürger/innenbeteiligung ist es, möglichst vielen und möglichst unterschiedlichen Marburgerinnen und Marburgern Beteiligung zu ermöglichen. Dies ist kein einfaches Unterfangen. Marburg kann aber auf wegweisende Erfahrungen in diesem Bereich zurückgreifen. So ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen über das Kinder- und Jugendparlament modellhaft. Gleiches gilt für die Einbeziehung von Menschen, die mit einer Behinderung leben, in die Gestaltung öffentlicher Gebäude- und Verkehrsanlagen. Die weitere Diskussion verspricht gerade an diesem Punkt spannend zu werden.

Die Teilnehmenden haben folgende Ideen und Vorschläge gesammelt:

### **Vereinfachung als grundlegende Vorbedingung von Vielfalt**

Das bedeutet zum Beispiel:

- Gut verständliche Sprache
- Niedrigschwellige Beteiligungsformate
- Strukturen vereinfachen, Entbürokratisierung
- Einfacher Zugang zu Verwaltung, Gremien und Organisationen
- Spontane Zusammenkünfte / Feste ermöglichen
- Leichter Zugang zu finanziellen Mitteln

### **Barrierefreiheit**

Das bedeutet zum Beispiel:

- Barrierefreier Zugang zu Räumen und Informationen
- Berücksichtigung des 2-Sinne-Prinzips
- Kinderbetreuung bei Terminen anbieten

## Viele Perspektiven vereinen

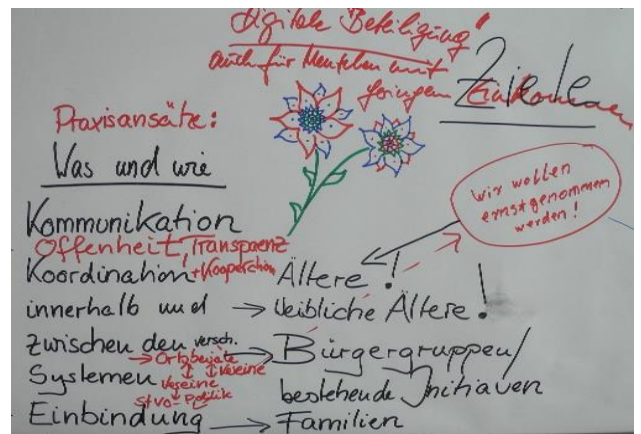
Das bedeutet zum Beispiel:

- Gremien via „Auslosung“ besetzen
  - Nutzung der Einwohnermeldedaten, damit viele Bevölkerungsgruppen an dem Beteiligungsprozess teilhaben
- Beteiligungsgruppen, die repräsentativ sind und viele Interessen und Perspektiven abbilden
- Vorschläge aus der Beteiligung ernst nehmen und sich fachlich damit auseinandersetzen
- Lösungen für viele suchen
- Treffen und Informationen müssen auf „Neulinge“ eingestellt sein → Willkommen heißen, Vertrauen aufbauen

## Respekt und Empathie

Das bedeutet zum Beispiel:

- Das Miteinander stärken und Begegnungsgelegenheiten schaffen
- Betonung der Gemeinsamkeiten
- Bedingungslose Wertschätzung
- Vielfalt der Menschen respektieren
- Schüchterne Menschen mitnehmen und zum Reden begeistern
- Auf alle Menschen (z.B. aus „sozialen Brennpunkten“) zugehen, ihre Sorgen und Ängste wahrnehmen und einbeziehen
- Verschiedene Welten kennenlernen, z.B. Spaziergänge, aktive Begegnungen etc.



Verschiedene Vorschläge, u.a. „Wir wollen ernstgenommen werden.“

## Integration von Menschen mit Einwanderungsgeschichte stärken

Das bedeutet zum Beispiel:

- Migrantische Vereine mehr unterstützen (z.B. Räume für Treffen)
- Einbinden von Fachkräften aus dem Ausland
- Dolmetscher/innen anbieten

## Zielgruppenspezifische Kommunikation

Das bedeutet zum Beispiel:

- Persönliche Ansprache durch Zuständige und vor Ort
- Informationszugänge vervielfältigen und unterschiedliche Kommunikationskanäle nutzen
- Anlaufstellen sichtbar machen

- Individuelle Beteiligungsprozesse für einzelne Gruppen (Kitas, Schulen, Altenheime etc.)
- Jugendliche stärker einbeziehen, z.B. durch
  - Diskussionsveranstaltungen von Parteien an Schulen
  - Jugendseite in der Oberhessischen Presse
  - Jugendwahlen (Parteien erstellen Jugendwahlprogramm mit konkreten Ideen; die Wahl verläuft parallel zur Wahl der Erwachsenen; die Ergebnisse werden zur Information veröffentlicht, beeinflussen aber nicht die Mandate)

### Stärkung und Befähigung

Das bedeutet zum Beispiel:

- Auf die Möglichkeiten der Gruppen achten und fragen: Was schränkt bestimmte Gruppen ein?
  - z.B. zu wenig Geld, um Zeitungen zu abonnieren oder Anzeigen zu bezahlen; zeitliche Barrieren bspw. bei Alleinerziehenden
  - Hemmungen aufgrund von Herkunft und Sprachkenntnissen, bestimmte Plattformen zu nutzen (Diskriminierungsfurcht)
- Diese Gruppen konkret bestärken, alle „auf dasselbe Niveau heben“, damit alle auf Augenhöhe mitreden können

## 9. Weitere Themen

In den offenen Themengruppen ergaben sich weitere Anregungen und Vorschläge, die zu einem großen Teil in die vorherigen Kapitel eingearbeitet wurden, soweit dies thematisch sinnvoll war.

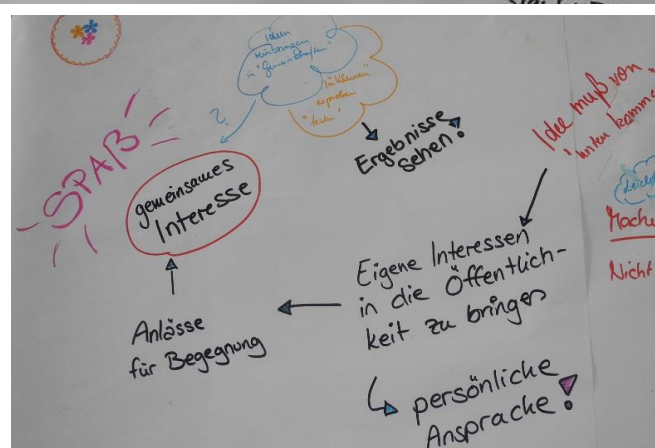
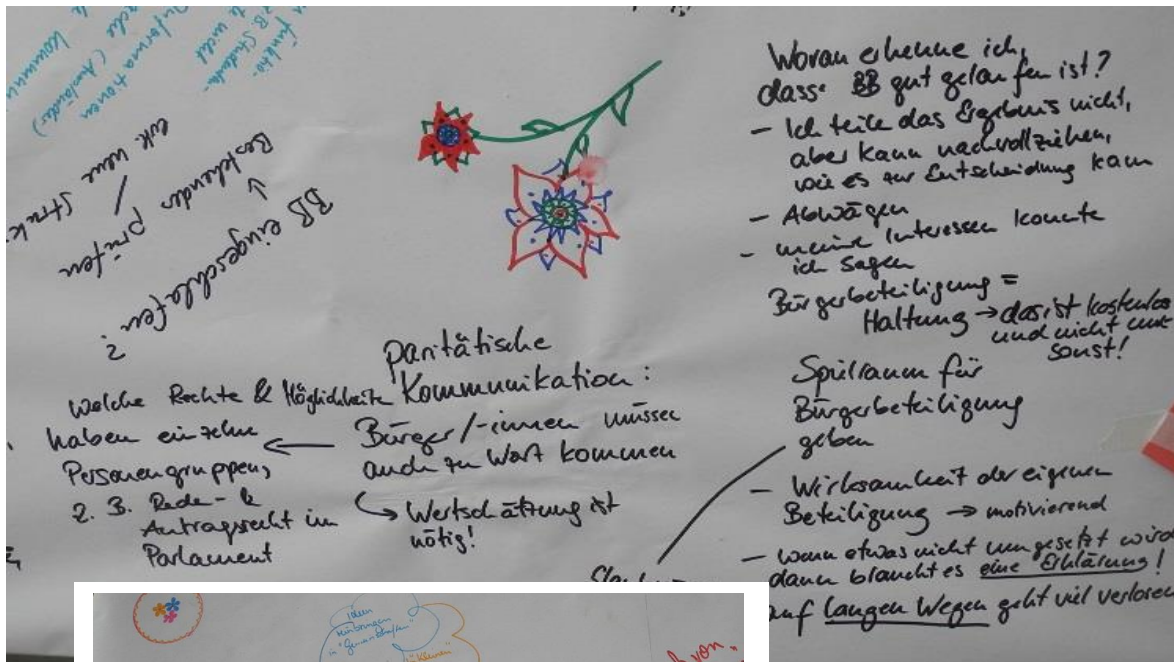
Darüber hinaus wurden zwei weitere wichtige Themen notiert:

- **Verkehr** (z.B. Busse, Wertschätzung aller Verkehrsteilnehmer/innen)
- **Gestaltung des öffentlichen Raums**, z.B.
  - Müllproblematik (auch: Verantwortung übernehmen für das Umfeld, Vorbildfunktion leben)
  - Beleuchtungskonzepte im öffentlichen Raum

Hier muss überlegt werden, wie diese Themen aufgegriffen und weiter diskutiert werden können. Zum Beispiel könnte eine Arbeitsgruppe gegründet bzw. ein Beteiligungsprozess organisiert werden, der sich mit dem Thema „Lebensqualität im Öffentlichen Raum“ beschäftigt.

Einige Teilnehmende haben weitergehende Vorschläge gemacht, die darauf hinauslaufen, Entscheidungen gewählter Mandatsträger/innen durch das Votum von Bürger/innenversammlungen oder ähnliche Verfahren zu ersetzen. Begründet wurden diese Vorschläge teilweise mit dem Verweis auf Erfahren in anderen Ländern.

Insgesamt können entsprechende Vorschläge in diesem Prozess nicht weiterdiskutiert und auf ihre Umsetzbarkeit geprüft werden, da sie sich nicht innerhalb der kommunalrechtlich gültigen Rahmenbedingungen in Hessen bewegen. Die Hessische Gemeindeordnung sieht eine Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger anstelle der gewählten Stadtverordneten nur im Fall eines Bürgerentscheids vor (siehe § 8b HGO). Im Übrigen gab es auch Teilnehmende, die auf den Vorschlagskarten schriftlich formulierten, dass am Schluss eines Meinungsbildungsprozesses Parlamentsentscheidungen am besten sind, da im Parlament alle Interessen und Perspektiven vertreten seien.



Vorschläge zu Elementen guter Beteiligung, u.a. Spaß, eigene Interessen in die Öffentlichkeit bringen

Zitat: „Woran erkenne ich, dass Bürgerbeteiligung gut gelaufen ist? Ich teile das Ergebnis nicht, aber kann nachvollziehen, wie es zu der Entscheidung kam.“



## 10. Wie geht es weiter?

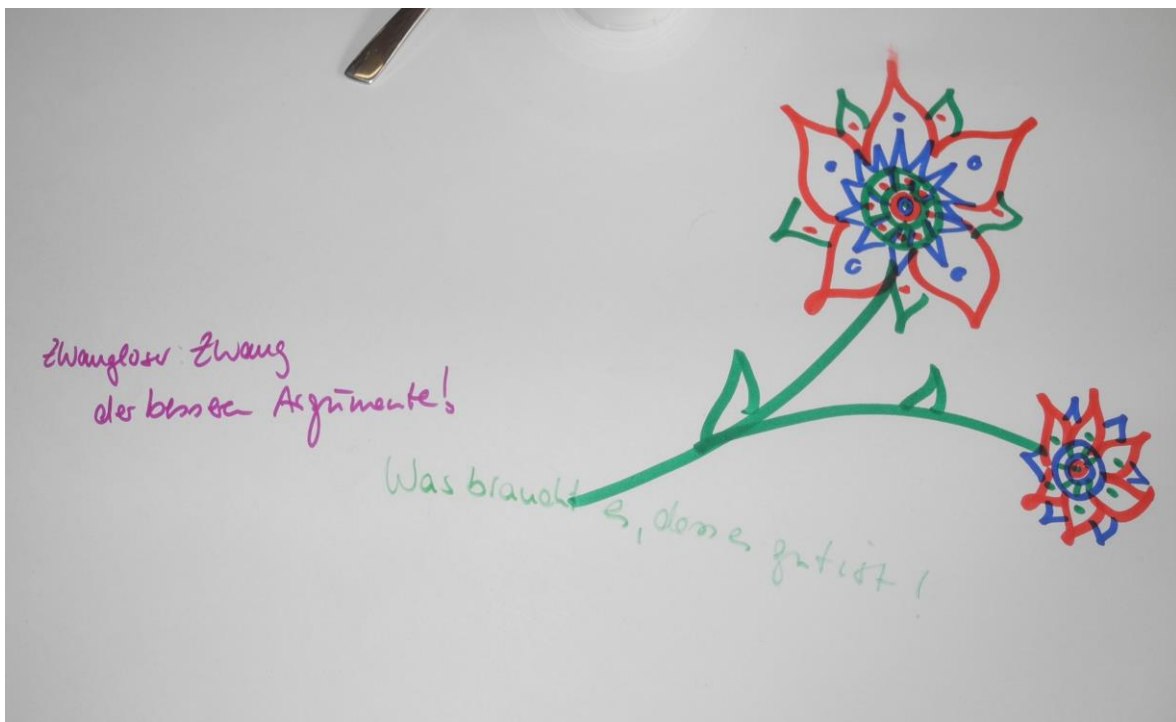
Die hier dargestellten Ideen und Vorschläge werden nun in Arbeitsgruppen weiter diskutiert. Mehr als 70 Marburgerinnen und Marburger haben sich bei der Auftaktveranstaltung bereit erklärt, in Arbeitsgruppen an dem weiteren Prozess mitzuarbeiten.

Arbeitsgruppen werden gebildet zu folgenden Themen: „Beteiligung in der städtischen Planung im Bereich Bauen, Planen, Umwelt“, „Beteiligung auf Stadtteilebene“, „Digitale Beteiligung“ sowie „Vielfalt und Inklusion: Wie erreichen wir die Beteiligung möglichst vieler und unterschiedlicher Marburger/innen?“. Auch für diejenigen, die sich auf keines dieser Themen festlegen wollen, werden Diskussionsmöglichkeiten angeboten. Außerdem wird eine Redaktionsgruppe gebildet, die eine kontinuierliche Radiosendung in Kooperation mit Radio Unerhört produzieren wird.

Bis Oktober sollen die Arbeitsgruppen Vorschläge erarbeiten. Geplant sind jeweils bis zu drei Treffen, um die Teilnehmenden nicht mit zu vielen Terminen zu belasten. Die Termine werden auf [www.marburg.de/beteiligung](http://www.marburg.de/beteiligung) bekanntgegeben. Auch diejenigen, die nicht bei der Auftaktveranstaltung waren, aber trotzdem in einer Arbeitsgruppe mitmachen möchte, können dies tun.

Eine Koordinierungsgruppe aus Einwohner/innen, Stadtverordneten, Verwaltung/Magistrat und wissenschaftlicher Begleitung wird dann die Vorschläge der Arbeitsgruppen zusammenführen und einen Entwurf erstellen. Dieser wird abschließend in einer Einwohner/innenversammlung diskutiert. Danach berät und beschließt die Stadtverordnetenversammlung das Konzept.

Parallel sollen zur Erarbeitung der Leitlinien auch innovative Verfahren ausprobiert



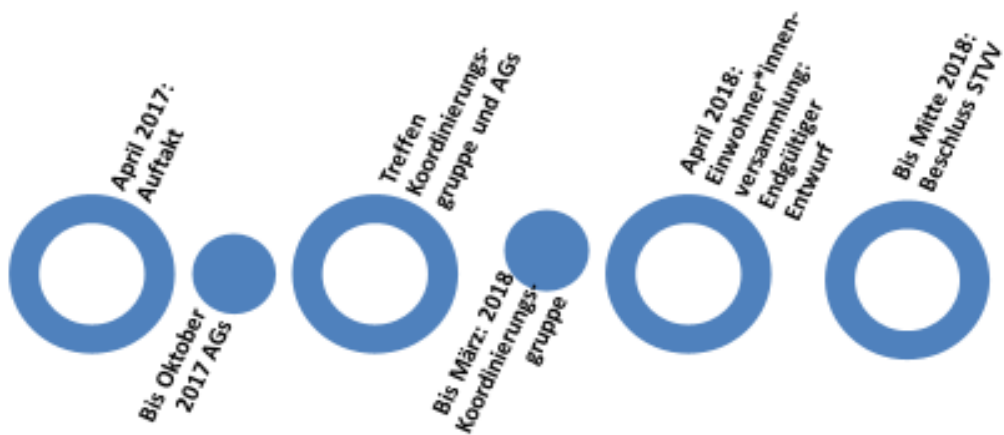
Zitat: „Zwangloser Zwang der besseren Argumente“.

werden. Außerdem wird der Prozess durch eine repräsentative Befragung der

Marburgerinnen und Marburger ergänzt. Über alle Schritte wird kontinuierlich und transparent informiert.

**Schaubild Zeitstrahl zur Entwicklung des Konzepts:** April 2017: Auftaktveranstaltung; bis Oktober 2017 AGs; Treffen Koordinierungsgruppe und AGs; bis März 2018: Koordinierungsgruppe; April 2018: Einwohner/innenversammlung; Endgültiger Entwurf; bis Mitte 2018: Beschluss STVV

## Zeitstrahl



**Kontakt für Fragen zur Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung:**

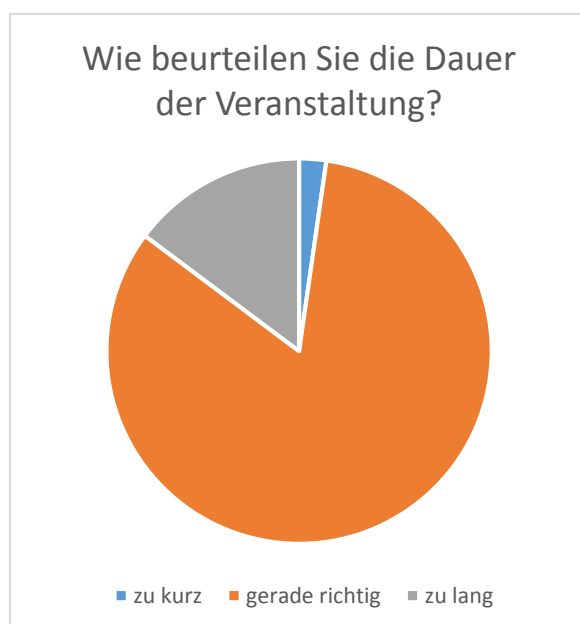
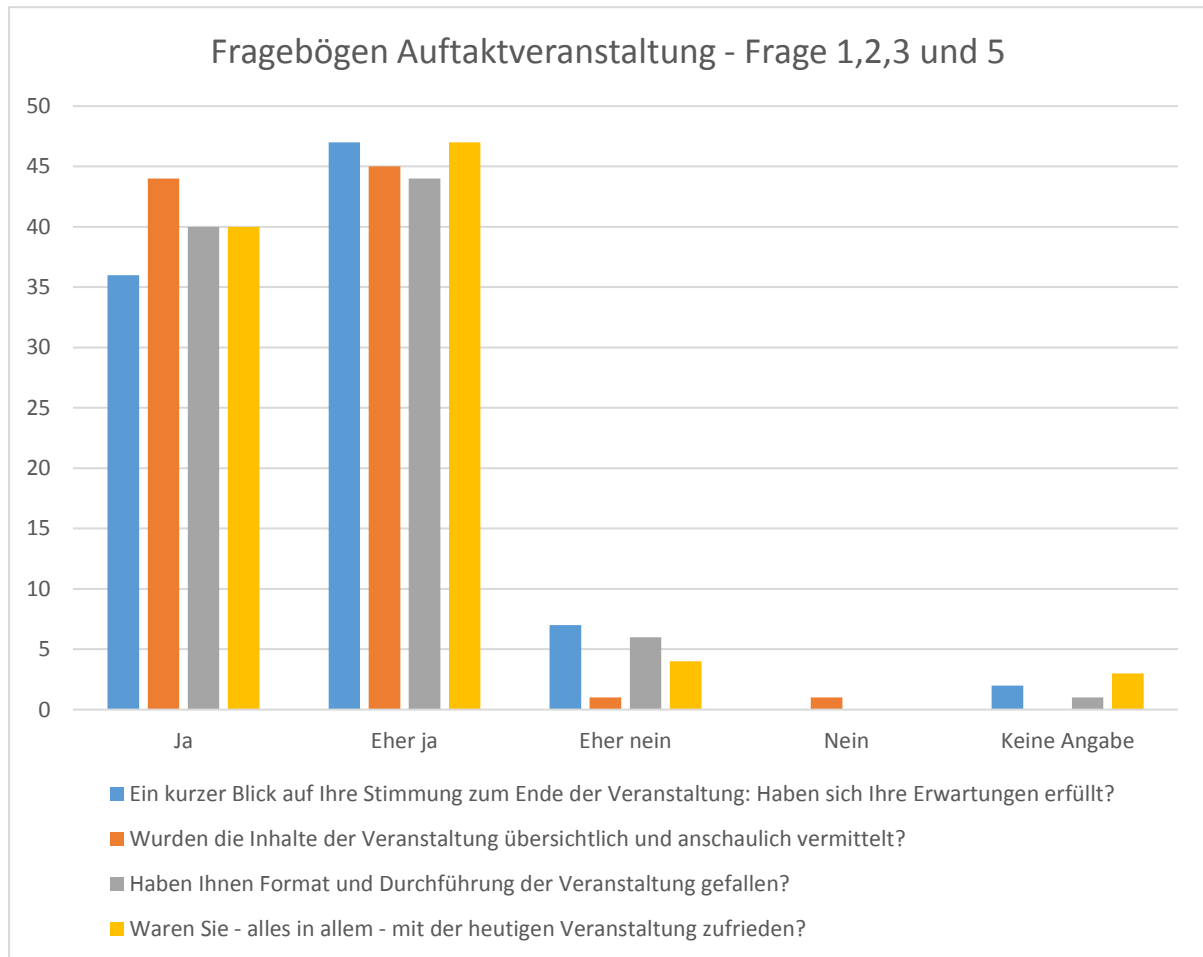
E-Mail: [beteiligung@marburg-stadt.de](mailto:beteiligung@marburg-stadt.de)

Telefon: 06421 201-1317

Internet: [www.marburg.de/beteiligung](http://www.marburg.de/beteiligung)

## Anhang: Auswertung der Rückmeldebögen

Am Ende der Veranstaltung konnten die Teilnehmenden Rückmeldebögen ausfüllen. Dieses Angebot nahmen 95 Teilnehmende wahr. Die folgenden beiden Tabellen geben Auskunft über die Antworten zu den geschlossenen Fragen des Rückmeldebogens. Demnach waren die Befragten ganz überwiegend mit dem Format, der Dauer und Durchführung und der Vermittlung der Inhalte einverstanden.



**Folgende Verbesserungsvorschläge wurden mit Blick auf die Durchführung der Veranstaltung gemacht:**

- Entwicklung klarerer Fragestellungen
- Mehr Diskussion von Details und konkreten Ideen
- Mehr Beteiligung Jugendlicher
- Mehr Beteiligung nicht engagierter „Normal-Bürger“
- Mehr Beteiligung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte und mehr Aufmerksamkeit für ihre Themen
- Langsamere und deutlichere Sprache der Vortragenden
- Bei der Vorstellungsrunde („lebendige Statistik“) lieber Handzeichen nutzen statt Aufstehen, da einige Teilnehmende nicht aufstehen können
- Deutlicherer Hinweis auf Kinderbetreuung im Vorfeld
- Organisatorisches (z.B. Essenausgabe am Mittag, PowerPoint-Präsentation zu weit weg, Zeitplanung, Anmeldung)

## Anhang: Programm der Veranstaltung



**Auftaktveranstaltung  
Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung  
an der Marburger Stadtpolitik  
Samstag, den 29.4.2017, 10.00 bis 14.00 Uhr  
Erwin-Piscator-Haus (Stadthalle)**

- Ab 9.30 Ankommen**  
Individueller Rundgang durch die Postergalerie zu Beteiligung in Marburg
- 10.00 Uhr Begrüßung**  
Dr. Thomas Spies, Oberbürgermeister der Universitätsstadt Marburg  
Ludwig Weitz, Moderator  
Marianne Wölk, Stadtverordnetenvorsteherin  
Hadar Al-Saffar, Marburger und Student  
Professorin Dr. Ursula Birsl, Demokratieforschung, Philipps Universität Marburg
- Improvisationstheater Fast Forward Theatre, Marburg**
- Beteiligungsformen in Marburg: Zwei Beispiele**
- World Café: Diskussionsrunden**  
Was brauchen wir für eine gute Beteiligung in Marburg?
- 12.00 Uhr Mittagspause**  
Suppe und Snacks  
Mittagsingen (für alle, die darauf Lust haben)
- 12.30 Uhr ...wieder beginnen!**  
**Improvisationstheater Fast Forward Theatre**
- Beteiligungsformen in Marburg: Zwei Beispiele**
- Fokusgruppen: Diskussion**
- Beteiligung in der Stadtplanung
  - Beteiligung auf Stadt- und Ortsteilebene
  - Digitale Beteiligung
  - Inklusion und Vielfalt in der Beteiligung
  - Open Space: Themen, die die Teilnehmenden mitbringen
- Ausblick: Wie geht es weiter? Wie kann ich mich einbringen?**  
Dr. Griet Newiger-Addy, Leiterin Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung
- 14.00 Uhr Blick in die Zukunft: Improvisationstheater Fast Forward Theatre**  
**Ende der Veranstaltung**